

grün HALBZEIT

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

Rentenanspruch anerkennen

Die Bundesregierung muss die Diskriminierung jüdischer Zuwander*innen bei der Rente beenden. Dafür hat sich Bremen im Bundesrat auf Initiative der Grünen-Fraktion eingesetzt. Zum Hintergrund: Viele jüdische Zuwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion sind von Altersarmut betroffen, weil ihnen die dortigen Arbeitsjahre mangels Abkommen nicht für die Rente angerechnet werden.

„Diese Ungerechtigkeit muss beendet werden. Die Lebensleistung der teils hochbetagten Menschen muss endlich anerkannt werden. Die jüdische Zuwanderung nach Deutschland ist ein großes Glück und eine enorme Bereicherung für unsere Gesellschaft. Sie hat auch Bremen und Bremerhaven wieder die Chance auf ein religiöses und kulturelles jüdisches Leben gegeben. Dafür sind wir dankbar“, betont die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Henrike Müller.



Halbzeit. Kurz in die Kabine, Kräfte sammeln. Diese erste Hälfte hat dem grünen Team einiges abverlangt. Kaum war der Anpfiff erfolgt, brachte die Corona-Pandemie den Matchplan gehörig durcheinander. Statt gepflegter Offensive war immer wieder Abwehrkampf angesagt. Mit Entscheidungen im Stakkato: Um den Gegner zurückzudrängen und die Wirkung seiner Angriffe einzudämmen, hat sich die Grünen-Fraktion z.B. früh für die Maskenpflicht im ÖPNV, die Homeoffice-Pflicht, die Testpflicht in Schulen eingesetzt oder auch auf ein sozial gestaffeltes Kurzarbeitergeld und

einen besser ausgestatteten Gesundheitsdienst gedrungen. Geprägt war die erste Halbzeit aber auch von vielen feinen Spielzügen. Dabei konnten wichtige Vorhaben eingenetzt werden – von der Solardachpflicht und dem Aktionsplan für Alleinerziehende über die bessere Ausstattung der Jugendarbeit und die Förderung der Subkultur bis hin zur klimafreundlichen Bio-Kost für alle Kids. Doch auch die Abwehr stand stabil. So hat das grüne Team z.B. die Bürgerrechte beim neuen Polizeigesetz verteidigt und überbordenden Flächenfraß fürs Gewerbe abgeblockt. Mit diesem Spirit geht's nun auf in die zweite Hälfte.

„Demokratie hat sich in der Krise bewährt“

Der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker blickt in seinem Editorial u.a. auf die Corona-Pandemie zurück und sieht den Klimaschutz als existenzielle Aufgabe

Wohl niemand hätte nach dem Start in die neue Wahlperiode gedacht, dass eine globale Pandemie unser aller Leben so verändern würde wie die Ausbreitung des COVID-19-Virus. Auch für unsere Fraktion hieß es nun innerhalb kürzester Zeit, das Berufsleben umzustellen.

Die so häufig zitierte ‚Stunde der Exekutive‘ bedeutete eben nicht, dass unsere Fraktion die Arbeit in der Bremischen Bürgerschaft eingestellt hat, im Gegenteil: Die Schlagzahl für das Parlament wurde deutlich erhöht. Hilfsprogramme mussten bewertet und beschlossen werden, staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie abgewogen und der Parlamentsbetrieb sichergestellt werden. Schon früh haben wir eine parlamentarische Beteiligung an den Corona-Verordnungen des Senats gefordert. Heute kann attestiert werden, dass sich die Demokratie in der Krise bewährt hat.

Die Pandemie hat aber auch schonungslos die Schwachstellen unserer Gesellschaft aufgezeigt und so wird auch in den kommenden Monaten die Bewältigung der Corona-Krise unsere Arbeit bestimmen: um aktiv wieder auf die

Beine zu helfen und die Weichen für die Zukunft zu gestalten.

Dass die Bürgerschaftsfraktion der Grünen auch weiterhin Motor der Entwicklung sein wird, dessen bin ich mir sicher. Schon die ersten zwei Jahre haben gezeigt, wie engagiert und fachlich fundiert sich unser Team für Bremen und Bremerhaven eingesetzt hat. 16 Abgeordnete und unsere komplette Fraktionsgeschäftsstelle arbeiten mit Anträgen, Anfragen und Gesetzentwürfen kontinuierlich daran, unser Bundesland und seine beiden Städte voranzubringen. Mit unseren Positionspapieren bekennen wir Farbe und stoßen wichtige Diskussionen in der Gesellschaft an.

„Die Klimakrise erfordert Mut statt Kleingeist.“

Dabei ist und bleibt die Bekämpfung des Klimawandels die existenzielle Herausforderung unserer Zeit. Die Erderwärmung schreitet stetig voran und bedroht damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen. In Bremerhaven und Bremen wissen wir, was schmelzende Polkappen

und in der Folge steigende Meeresspiegel für Auswirkungen haben. Unsere Städte heizen unaufhörlich weiter auf, während die Grundwasserreserven weniger werden.

So manche Diskussion im politischen Bremen und so manche Äußerung von Interessensverbänden mutet angesichts der vor uns stehenden Aufgabe geradezu anachronistisch an. Zu häufig werden immer noch Bedenken formuliert, längst beantwortete Fragen gestellt oder irrsinnige Vergleiche gezogen. Irgendwie wollen doch alle nun ein wenig ‚grün‘ sein, aber beim genaueren Hinsehen bröckelt das Grün schnell ab und die alten, für Stillstand stehenden Farben kommen zum Vorschein. Wenn wir es ernst meinen mit der Verkehrswende, dann braucht es auch Mut statt Kleingeist.

Sozial und ökologisch ist dabei für uns kein Widerspruch. Das Gegenteil ist der Fall. Eine gesunde Ernährung in Kita und Schule beispielsweise ersetzt das Fast-Food-Menü und entlastet damit auch den Geldbeutel.

Gleichzeitig wollen wir auch in der Zukunft in Kita und Schule, Jugendarbeit, in die vernetzende Arbeit in den Quartieren vieler Träger

und im Sport weiterhin investieren, bürokratische Hürden abzubauen helfen und selbstständige Entwicklung fördern. In der kleinräumigen Arbeit vor Ort haben Bremen und Bremerhaven belastbare und erfolgreiche Netzwerke etabliert, die den direkten Kontakt zu vielen Bürger*innen haben, die wir als Politik so manches Mal nicht erreichen.

Genau darauf wird es auch ankommen, wenn wir nicht weiter Rechtsextremisten in unseren Parlamenten sitzen haben wollen. Wir dürfen ihnen eben nicht die Deutungshoheit überlassen, denn statt Alternativen bieten sie zumeist nur dumpfen Populismus bis hin zum blanken Hass. Unsere Aufgabe als Politik muss es sein, unsere Arbeit und unsere Entscheidungen vor Ort zu erklären und zu diskutieren. Und wenn es mal so ist, auch falsche Entscheidungen einzugestehen.

Die sozialen Netzwerke sind dabei mittlerweile ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Arbeit geworden. Über sie erreichen wir als Politik viele Menschen. Social Media ersetzt aber nicht den direkten Kontakt vor Ort mit den Menschen. Sorgen und Gefühle spürt man eben nicht so gut bei Facebook, Instagram & Co.. Wir sind als Bürgerschaftsfraktion auf allen Wegen, digital und persönlich, für die Menschen in Bremen und Bremerhaven ansprechbar. Wir wollen und brauchen das persönliche Feedback aus beiden Städten, um

auch den ‚Realitätscheck‘ zu machen, ob die in Verwaltungsvorlagen dargestellte Welt auch wirklich so ist. Also: Keine falsche Scheu. Wir sind ansprechbar!

In den kommenden Monaten wird es neben der großen Aufgabe, die Klimakrise zu bewältigen, und dem weiteren Umgang mit der Pandemie insbesondere darum gehen, die Kinder und Jugendlichen noch mehr als bisher schon in den Blick zu nehmen. Unsere Aufgabe wird es sein, weiterhin den Ausbau von Kita-Plätzen und die Sanierung der Schulen auf der parlamentarischen Ebene voranzutreiben. Es darf aber eben nicht nur um die ‚Hardware‘ gehen. Gerade im Bereich der ‚Software‘ sind unsere Ansprüche hoch. Das lange beschlossene Qualitätsinstitut für Bildung muss nun endlich ans Netz

gehen – gut ausgestattet und möglichst unabhängig von behördlichen Verwaltungsstrukturen. Die Sprachförderung der Kinder ist und bleibt eine Schlüsselaufgabe in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Sprache bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und sichert die Zukunftschancen. Wir werden auch weiterhin auf eine rasche Umsetzung drängen und mehr Tempo einfordern.

Ihr



Auf dem Weg zu Solar Cities

Bremen und Bremerhaven werden auf grüne Initiative zu Solar Cities. Solardächer werden bei Neubauten zur Pflicht. Bei öffentlichen Gebäuden wie Kitas und Schulen kommen Solarzellen künftig ebenfalls aufs Dach. In einem zweiten Schritt soll die Solardach-Pflicht auch für Bestandsgebäude gelten. Vorausgesetzt, das Dach wird vollständig erneuert und die Photovoltaikanlage ist wirtschaftlich zumutbar. Zusätzlich ist eine Förderung durch die Bremer Aufbaubank vorgesehen. Neben dem Gebäudesektor soll die Solarenergie durch die Überdachung von Parkplätzen, die Nutzung von Freiflächen und Fassaden ausgebaut werden. Das Potenzial von Sonnenenergie in Bremen ist hoch. Bisher sind hier 51 Megawatt Photovoltaikleistung



installiert, möglich sind künftig über 1000 Megawatt. Damit könnten ohne die Stahlwerke über 40 Prozent des gesamten Bremer Stromverbrauchs gedeckt werden.

„Mit diesem Beschluss wird die Solarenergie im Land Bremen zum Standard. Das ist ein Erfolg für

die Energiewende. Wer viel von der gewonnenen Solarenergie für die Strom- und Wärmeerzeugung selbst nutzt, hat die Kosten schnell wieder raus. Nicht zuletzt gehen mit dem Ausbau der Solarenergie mehr Arbeitsplätze einher“, so der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck.

Klimavorbehalt kommt

Bremen hat die Klimanotlage ausgerufen, wie von der Grünen-Fraktion mit einem Antrag gefordert. Der Senat ist damit auch gefordert, einen Klimavorbehalt einzuführen. Alle Anträge und Vorlagen sollen künftig auf ihre Folgen fürs Klima geprüft werden. Verursacht ein Vorhaben absehbar viel klimaschädliches CO₂, müssen die Emissionen transparent gemacht und klimafreundliche Alternativen

erarbeitet werden. Das kann z.B. bedeuten, bei einem Neubauvorhaben auf Passivhäuser aus Holz, Solardächer und eine gute ÖPNV-Anbindung zu setzen. Falls keine klimaschonende Alternative möglich ist, soll der hohe CO₂-Verbrauch eines Projektes durch verpflichtende Klimaschutzmaßnahmen an anderer Stelle ausgeglichen werden.

„Der Klimawandel ist auf der Überholspur. Ohne sofortiges

Gegensteuern drohen selbstverstärkende Effekte wie z.B. das Abschmelzen des Grönlandeises, was zu einem deutlich höheren Meeresspiegelanstieg führen würde. Wir müssen auch in Bremen und Bremerhaven jetzt entschlossen handeln, um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Der Klimavorbehalt ist dafür ein wirksames Instrument“, betont der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck.

Kräftiges Plus für Klimaschutz

Ein zusätzliches Klimabudget von 30 Millionen Euro, die Umsetzung der Rad-Premiumroute vom Bremer Süden nach Bremen-Nord, neue Rad- und Fußgänger*innenbrücken über die Weser, ein eigenständiger Klimaetat in Höhe von 30 Millionen Euro, mehr Mittel für den Fuß- und Radverkehr sowie der weitere Ausbau des ÖPNV sind nur einige Beispiele, wie die Weichen für ein nachhaltiges Bremen gestellt werden. Die Grünen-Fraktion

hat in den Haushaltsberatungen beim Klimaschutz noch weitere Verbesserungen erreicht.

So stehen 1,6 Millionen Euro für die Anpflanzung zusätzlicher Bäume im Stadtgebiet bereit. Für die Pflege städtischer Grünanlagen, die gerade in der Corona-Pandemie als Naherholungsgebiete geschätzt werden, ist eine Million Euro mehr eingeplant worden. Mit einem Landesförderprogramm ‚Klimaschutz im Quartier‘ in Höhe von 800.000 Euro

werden z.B. Repair Cafés in den Stadtteilen unterstützt. Damit größere Klimaschutzvorhaben wie die energetische Gebäudesanierung oder die Umsetzung des Solar Cities-Programms zügiger durchgeführt werden können, werden die Stellen von vier Klimaschutzmanager*innen finanziert. Bremerhaven erhält über sechs Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen. Damit wird u.a. der Ausbau des Radwegenetzes im Fischereihafen unterstützt.

Schwung für Verkehrswende

Die Grünen-Fraktion treibt die Verkehrswende voran. „Die Verkehrswende ist ein zentraler Pfeiler für mehr Klimaschutz. Das ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels dringend geboten. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für den klimaschonenden Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV, um den Umstieg zu erleichtern“, betont der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Erstmals hat Bremen einen eigenen Etat zur Förderung des Fußverkehrs in Höhe von einer Million Euro veranschlagt. Damit sollen die Bedingungen für Fußgänger*innen, deren Verkehrsanteil über 20 Prozent ausmacht, deutlich verbessert werden. Mehr als vervierfacht wurden auf grüne Initiative die Mittel für den Radverkehr. Die Planungen für die



Radpremiumrouten und die neuen Radbrücken über die Weser kommen voran. Auch der Stadtrand profitiert, u.a. mit dem rad- und fußgängerfreundlichen Umbau der Huchtinger Heerstraße. Als weiteren Baustein der Verkehrswende hat der Landtag auf grüne Initiative geschützten

Radfahrstreifen zugestimmt. Beschlossen ist ferner, die Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Nicht zuletzt werden die Linien 1 und 8 verlängert, die Querverbindung Ost umgesetzt und für eine Straßenbahn für die Überseestadt wird eine Machbarkeitsstudie erstellt.

Radstellplätze statt Autogarage

Wer bisher in Bremen Wohngebäude errichtet hat, musste aufgrund der Stellplatzverordnung auch Parkplätze schaffen. Die Fixierung aufs Auto soll angesichts des Klimawandels und veränderten Mobilitätsverhaltens nun der Vergangenheit angehören: Die Vorschriften werden zu Gunsten von mehr ÖPNV, Rad und auch Carsharing verändert. Geregelt wird dies in einem neuen Mobilitätsgesetz, das auf einem Positionspapier der Grünen-Fraktion basiert und jetzt zunächst in die Anhörung geht.

„Das Mobilitätsgesetz ist ein Schub für die Verkehrswende. Künftig müssen bei Neubauvorhaben deutlich weniger Stellplätze bereitgestellt werden, zumal immer mehr Menschen aufs eigene Auto verzichten. Stattdessen sollen klimaschonende Maßnahmen wie ÖPNV-Zeitkarten, mehr Radstellplätze und Carsharing-Stationen verpflichtend werden. Das verringert den Parkdruck in



Quartieren und erhöht zugleich die Aufenthaltsqualität“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe, der die Leitlinien für die Gesetzesreform erarbeitet hat.

Der Gesetzentwurf unterscheidet drei Zonen der Stadt, in denen die Mobilitätsmaßnahmen zu unterschiedlichen Anteilen greifen. Zone 1 umfasst die autofreie City inklusive Stephaniviertel, Bahnhofsvorstadt

sowie Ostertor und Sielwall. Hier sollen mindestens 75 Prozent der Mobilitätsmaßnahmen auf Rad & Co. setzen. In Zone 2, zu der die citty-nahen Quartiere sowie Vegesack und Grohn gehören, müssen bei Neubauten zu 50 Prozent Radstellplätze geschaffen oder Carsharing-Stationen eingebunden werden. Im übrigen Stadtgebiet ist eine Quote von 25 Prozent vorgesehen.

8. Mai zum Gedenktag erklärt

Bremen hat den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges zum staatlich anerkannten Gedenktag erklärt. Eine entsprechende Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes hatte die Grünen-Fraktion initiiert. Damit haben Arbeitnehmer*innen den Anspruch, sich für die Teil-

nahme an Gedenkveranstaltungen oder auch Demokratiefesten am 8. Mai freizunehmen.

„Am 8. Mai wurde Deutschland besiegt und die Welt vom Nationalsozialismus befreit. Der 8. Mai mahnt uns, die NS-Verbrechen niemals zu relativieren. Ich wünsche mir, dass der Gedenktag dazu beiträgt, die Erinnerung

und Auseinandersetzung mit den schrecklichen Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus fest in unserer Gesellschaft zu verankern. Es gilt, der Opfer zu gedenken, aber auch zu verstehen, welche Verantwortung jede*r von uns für eine friedliche Zukunft trägt“, erläutert Kai Wargalla, aus deren Feder der Antrag stammt.



Inklusion im Blick

Die Corona-Pandemie hat insbesondere im Schulbereich viele Entscheidungen erfordert. Die Grünen-Fraktion hat sich klar für möglichst viel Präsenzunterricht unter Wahrung der gesundheitlichen Sicherheit positioniert. Der Präsenzunterricht ist gerade auch für Kinder von großer Bedeutung, die zuhause nicht die nötige Unterstützung erhalten. Um den Unterricht so sicher wie möglich zu machen, haben die Grünen u.a. auf die Maskenpflicht und vor allem die Testpflicht für Schüler*innen gedrungen. Um das zeitweilige Distanzlernen zu ermöglichen, hat Bremen allen Schüler*innen iPads zur Verfügung gestellt und damit bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Finanziell abgesichert sind ein Sonderprogramm für den beschleunigten Schulbau, zusätzliche Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen und weitere Stellen beim Institut für Qualitätsentwicklung. Voran kommt

auch der Neubau der Berufsschule für den Großhandel in der Überseestadt. Umgesetzt ist die lange geforderte Vergütung von Grundschul- und Sek-1-Lehrkräften nach A 13 als Zeichen der Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit.

Darüber hinaus hat die Grünen-Fraktion eigene Schwerpunkte für bessere Sprachförderung, mehr innerschulische Demokratie und Inklusion gesetzt. So hat der Landtag auf grüne Initiative die Weichen für mehr durchgängige Sprachförderung von der Kita bis zur Sekundarstufe 1 gestellt. Die Sprachförderung soll früher einsetzen und in Verbünden von Kitas und Schulen enger aufeinander abgestimmt werden. Hintergrund ist, dass mehr als ein Drittel der Schüler*innen die altersgemäße Sprache nicht beherrscht. „Sprache ist der Schlüssel für Bildung. Aktuell sind zu viele Kinder sprachlich nicht ausreichend in der Lage, dem Unterricht in der Grund-

schule zu folgen. Dieser Rückstand am Beginn der Schullaufbahn lässt sich oft nicht mehr ganz aufholen. Mit einer möglichst frühen Sprachförderung wollen wir die Basis für den Bildungserfolg schaffen“, betont der bildungspolitische Sprecher Christopher Hupe.

Mit einem weiteren Antrag wollen die Grünen die Inklusion an Schulen vorantreiben. Dafür sollen mehr Lerngruppen an Grundschulen und in der Sekundarstufe 1 eingerichtet werden. „Die temporären Lerngruppen schaffen an Regelschulen die nötigen Strukturen, um die geplante Schließung des Förderzentrums an der Fritz-Gansberg-Straße zu ermöglichen“, so Christopher Hupe.

Nicht zuletzt soll die Demokratie an Schulen gestärkt werden. Dafür wird im Schulverwaltungsgesetz die Drittelparität verankert. „Schüler*innen dürfen damit in der Schulkonferenz endlich gleichberechtigt mitbestimmen“, so Christopher Hupe.

Mehr Sprachförderung

Bremen baut mit grüner Regierungsbeteiligung die Kindertagesbetreuung weiter aus. Neben dem millionenschweren Ausbauprogramm erhalten Kitas in Stadtteilen mit Problemlagen schrittweise mehr Fachkräfte. Mit einem Quereinstiegsprogramm werden bis zu 70 zusätzliche Kräfte gewonnen. Um die Lücke noch unversorgter Kinder kurzfristig zu verringern, schiebt der Senat auf grüne

Initiative niedrigschwellige Angebote für 3- bis 6-Jährige an. Dies kann durch die Ausweitung der Spielhaus-Angebote, neue Spielkreise oder auch feste Kleingruppen auf betreuten Spielplätzen erreicht werden. Die Vergütung von Tagesmüttern und -vätern wurde erhöht. Erfolgt ist auch der Einstieg in die bezahlte Erzieher*innenausbildung. Diese sog. Bildungsprämie beträgt zunächst 300 Euro pro Monat. Ab dem

Ausbildungsjahr 2021/22 soll die schulische Ausbildung dann praxisintegriert gestaltet werden und die Bildungsprämie auf das BAföG-Niveau angehoben werden.

Besonders in den Fokus nimmt die Grünen-Fraktion die Sprachförderung. Fast die Hälfte der Kita-Kinder hat Förderbedarf. Sprachliche Defizite beeinträchtigen die Chancen von Kindern erheblich. Die durchgängige Sprachförderung von der Kita bis zur Sekundarstufe 1 soll deshalb auf grüne Initiative ausgeweitet werden. „Die gezielte Unterstützung der Sprachentwicklung muss möglichst früh einsetzen. Was die Kita an guter Arbeit leistet, soll in der Schule nahtlos fortgesetzt werden. Dafür wollen wir die eng abgestimmte Sprachförderung in Verbänden von Kitas und Schulen vorantreiben. Sprachförderung ist das A und O, um soziale Ungleichheiten zu verringern und gute Bildungschancen zu ermöglichen“, betont die kinderpolitische Sprecherin Solveig Eschen.



Verbraucher*innen schützen

Die Grünen-Fraktion hat sich mit einer Initiative für die Inhaber*innen von Eintrittskarten oder Dauerkarten von z.B. Kultur- oder Sportveranstaltungen eingesetzt, die wegen der Coronapandemie nicht genutzt werden können und in Wertgutscheine umgetauscht wurden. Das Problem: Eine Auszahlung des Betrages können Ticketinhaber*innen erst ab dem

1. Januar 2022 fordern – manche Veranstalter*innen könnten bis dahin aber insolvent sein. „Die Gutscheine für Eintrittskarten sind nicht gegen die Insolvenz von Veranstalter*innen abgesichert. Dieses Risiko tragen bisher ausschließlich die zig Millionen Ticket- und Dauerkarten-Inhaber*innen. Hier muss die Bundesregierung mit einer Insolvenzabsicherung für Abhilfe sorgen. Viele

Verbraucher*innen sind infolge der Pandemie bereits von Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit betroffen. Sie dürfen am Ende nicht auch noch auf den Kosten eines Zwangsgutscheines sitzen bleiben“, betont die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Dorothea Fensak. Mit dem Antrag wird neben der Verbraucherabsicherung u.a. auch die Übertragbarkeit des Gutscheins gefordert.

Jugendliche profitieren

Ob Freizis, Sportgarten oder Spielhäuser - die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist auf Antrag der Grünen-Fraktion deutlich gestärkt worden. Ein Novum ist das eigene Budget für stadtteilübergreifende Angebote wie z.B. den Fun Park Obervieland, die von Jugendlichen aus dem gesamten Stadtgebiet wahrgenommen werden. Der Extra-Topf schafft freie Ressourcen für andere Angebote im Stadtteil. Insgesamt stehen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit pro Jahr gut 1,7 Millionen Euro mehr im Haushalt bereit. „Mit dem zusätzlichen Budget kommt deutlich mehr Geld bei den Kindern und Jugendlichen unserer Stadt an. Das ist ein Quantensprung. Dieses Geld ist gut investiert. Heranwachsende brauchen gerade in der Stadt attraktive Treffpunkte, um sich mit Gleichaltrigen auszutauschen, sich zu bewegen oder sich auch ihre Sorgen von der Seele zu reden. Auch die Modernisierung von Jugendräumen ist mit einer Million Euro finanziell



abgesichert“, unterstreicht die sozial- und jugendpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

Angesichts des Lockdowns in der Corona-Pandemie startet Bremen auf grüne Initiative zudem eine Digitalisierungsoffensive für die Jugendarbeit. Neben der technischen Ausstattung der Jugendeinrichtungen sollen passgenaue Online-Angebote für verschiedene Altersgruppen entwickelt werden.

Digitale Challenges, Live-Chats oder auch Online-Sport ermöglichen den Kids ein Gemeinschaftserlebnis. „Solche Angebote sind wichtig, weil Kinder und Jugendliche unter den derzeitigen Einschränkungen ihres Alltags und dem mangelnden Kontakt zu Gleichaltrigen leiden. Neben den jugendgerechten Tools brauchen die Jugendeinrichtungen auch die technische Ausstattung“, so Sahhanim Görgü-Philipp.

Unterstützung für Verschuldete

In der Corona-Pandemie wissen viele Menschen aufgrund von Kurzarbeit oder gar Jobverlust nicht, wie sie überhaupt noch ihre Rechnungen bezahlen sollen. Bremen hat deshalb auf grüne Initiative die Mittel für die präventive Schuldnerberatung der Stadtgemeinde aufgestockt. Damit sind fortan 800

statt bisher 600 Beratungen pro Jahr möglich. Ein Novum: Fortan können auch Studierende, Künstler*innen und Soloselbstständige das Angebot wahrnehmen. „Mit der Ausweitung der präventiven Schuldnerberatung sorgen wir dafür, dass mehr Menschen in der Not wirksame Hilfe erhalten. Die bessere

Ausstattung hält die Wartezeiten kurz. Die Schuldnerberatungsstellen können den Weg aus der Krise bahnen. So können Lohnpfändungen abgewendet, Einigungen mit Gläubigern erzielt oder auch Privatinsolvenzen eingeleitet werden“, erläutert die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

Sanktionen entschärft

Nachdem das Bundesverfassungsgericht hohe Hartz-IV-Sanktionen, die Jobcenter verhängen konnten, für verfassungswidrig erklärt hatte, sind die Folgen auch in Bremen und Bremerhaven spürbar: Die hiesigen Jobcenter haben im Vergleich zu den Vorjahren etliche hunderte Sanktionen weniger ausgesprochen. Die Grünen-Fraktion bewertet das als richtigen Schritt und kritisiert zugleich die

weiterhin zu harten Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren, die größtenteils für Meldeversäumnisse erteilt werden. Eine Bremer Bundesratsinitiative, dies zu ändern, fand in der Länderkammer keine Mehrheit.

„In unserem Sozialstaat darf armen Menschen die staatliche Unterstützung nicht existenzgefährdend gekürzt werden. Es war an der Zeit, dieses Schreckgespenst auszutreiben. Bisher konnten massive

Sanktionen zu Stromsperren oder auch Wohnungslosigkeit führen. Das hat Menschen in existenzielle Nöte gebracht. Für Menschen unter 25 Jahren gilt dies leider immer noch. Statt sie wegen Meldeversäumnissen zu gängeln, muss der Übergang von der Schule in die Ausbildung gezielt verbessert werden. Dringend erforderlich sind auch bessere Hinzuverdienstregeln“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Henrike Müller.

Hilfe für Alleinerziehende



Um das hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu senken, legt Bremen derzeit einen Aktionsplan auf. Die Initiative dafür ging von der Grünen-Fraktion aus. Der Aktionsplan für Alleinerziehende setzt in den Bereichen Ausbildung, Arbeitsmarkt, Kinderbetreuung und

Bürokratieabbau bei Behördengängen an. „Die Entscheidung für Kinder darf nicht dazu führen, dass Frauen dauerhaft auf Hartz IV angewiesen sind oder ihnen wegen der hohen Teilzeitarbeitsquote auch Altersarmut droht. Mit dem Aktionsplan ist ein Maßnahmenpaket verbunden, das den Weg aus der Armutsfalle

unterstützen kann“, so die gleichstellungs- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin Henrike Müller.

Von über 14.000 Alleinerziehenden in Bremen sind derzeit zwei Drittel auf staatliche Unterstützung angewiesen. Damit sie sich aus der Armutsfalle befreien können, umfasst der Aktionsplan zielgenaue Ansätze: Alleinerziehende sollen ihren Schulabschluss bzw. eine Ausbildung in Teilzeit machen können. Ein Arbeitsmarktprogramm soll die Vermittlung von Alleinerziehenden in eine Ausbildung oder in einen Job erleichtern. Ein entscheidender Baustein des Aktionsplanes ist die flexible Kinderbetreuung. Neben dem Modellprojekt einer 24-Stunden-Betreuung soll die Randzeitenbetreuung ausgebaut werden. Vorgesehen ist mindestens eine Kita je Stadtteil, die eine Betreuung über die üblichen Zeiten hinaus anbietet.

Housing first

Bremen schlägt mit grüner Regierungsbeteiligung einen neuen Weg bei der Hilfe für obdachlose Menschen ein: Anstatt Menschen in Notunterkünften oder Schlichthotels unterzubringen, sollen sie gleich eine eigene Wohnung bekommen und dort betreut werden. ‚Housing First‘ nennt sich der Ansatz, der nun zunächst in einem dreijährigen Modellprojekt erprobt wird. Jährlich 35 Wohnungen sollen nach

diesem Konzept zur Verfügung gestellt werden, verteilt über die ganze Stadt. Bremen sichert sich dafür Belegrechte bei Vermieter*innen.

„Eine eigene Wohnung, kombiniert mit Betreuung, Begleitung und Beratung – so wollen wir Menschen aus der Obdachlosigkeit heraus zu einem neuen Leben verhelfen. Eine richtige Wohnung mit eigenem Schlüssel ist eine stabilere Basis als eine Notunterkunft mit

vielen fremden Menschen. Auf dieser Grundlage werden dann die anderen Probleme der Menschen wie Schulden, Arbeitslosigkeit oder Sucht angegangen. Das ‚Housing First‘-Konzept ist ein wichtiger Schritt, um obdachlosen Menschen ihre Würde zurückzugeben“, betont Thomas Pörschke, Sprecher für Obdachlosenpolitik.

Zuerst ein festes Dach über dem Kopf, dann alle anderen Probleme mit Unterstützung angehen – dieses Prinzip von ‚Housing First‘ ist an keine Bedingungen geknüpft, z.B. nicht an einen Entzug. Sozial stabilisieren sollen sich die Wohnungslosen in ihren eigenen vier Wänden, unterstützt durch eine auf den individuellen Bedarf abgestimmte Betreuung durch Sozialarbeiter*innen und andere Fachleute. Obdachlose mit akuten psychischen Erkrankungen, die mit einer Fremd- oder Selbstgefährdung einhergehen, sind allerdings vom Pilotprojekt zunächst ausgeschlossen.



Härtefallfonds eingerichtet

Bremen hat zur Abwendung von Energie- und Wassersperren neben der Kampagne ‚Zappenduster‘ einen Härtefallfonds eingerichtet, wie es die Grünen-Fraktion seit langem gefordert hat. Für den Fonds stehen im Haushalt 250.000 Euro bereit. Die finanziellen Hilfen aus dem Härtefallfonds sollen Bremer*innen mit geringem Einkommen, gesundheitlichen

Einschränkungen oder Kindern im Haushalt zugutekommen. „Wer Gefahr läuft, dass der Wasser-, Gas- oder Stromanschluss gesperrt wird, braucht schnelle Hilfe. Gerade auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Neben dem erfolgreichen Hilfesystem ‚Zappenduster‘ haben wir mit dem Härtefallfonds nun ein Instrument etabliert, das in bestimmten Härtefällen den betroffenen

Menschen unter die Arme greift. Insbesondere für Alleinerziehende mit kleinen Kindern und für kranke oder ältere Menschen ist eine drohende Energie- und Wassersperre eine existenzielle Bedrohung. Mit dem Härtefallfonds wollen wir die Grundversorgung für solche Fälle sicherstellen“, unterstreicht die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

Kinderrechte verankert

Bremen stärkt mit grüner Regierungsbeteiligung die Kinderrechte. Eine beschlossene Änderung der Landesverfassung beinhaltet, dass bei allem staatlichen Handeln, das Kinder betrifft, das Wohl des Kindes wesentlich zu berücksichtigen ist. ‚Kinder haben in Angelegenheiten, die ihre Rechte betreffen, einen Anspruch auf Beteiligung und auf angemessene Berücksichtigung ihres frei geäußerten Willens entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife‘, heißt es in der Verfassungsergänzung. Diese setzt den Anspruch der UN-Kinderrechtskonvention um. Die Landesverfassung formuliert nun den Anspruch, ‚gemeinsam allen Kindern gerechte Lebenschancen und Teilhabe entsprechend ihren Talenten und Neigungen zu ermöglichen.‘

Aus Sicht der Grünen-Fraktion ist diese Verfassungsänderung ein



Meilenstein für mehr Beteiligung der Kinder. „Die Landesverfassung macht jetzt ganz klar: Kinder müssen bei Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden. Das bedeutet z.B., die Bedürfnisse von Kindern bei der Stadtplanung noch stärker zu berücksichtigen. Dabei kann es um neue Spielplätze, aber auch um sichere Verkehrswege gehen. Zu den

Kinderrechten gehört angesichts ihres hohen Armutsrisikos in Bremen auch, ihnen unabhängig von der Herkunft echte Chancen zu eröffnen. Neben den vielen Maßnahmen auf Landesebene wäre für einen echten Durchbruch aber auch eine eigenständige Kindergrundsicherung des Bundes nötig“, so die rechtspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

Gedenkort beschlossen

In der Bremer Innenstadt soll ein Gedenkort als Mahnung daran entstehen, dass niemand in staatlicher Obhut zu Schaden oder gar ums Leben kommen darf. Der Gedenkort erinnert an den Brechmittel-Skandal. In Folge dieser zwangsweisen und menschenrechtswidrigen Prozedur im Polizeigewahrsam war Laye-Alama Condé gestorben. Insgesamt sind über 1000 Fälle bekannt, in denen die Polizei Bremen mindestens seit 1992 bis Ende 2004 Brechmittel verabreichte, wenn sie

den Verkauf von Drogen vermutete. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stufte die Brechmittelvergabe später als Verstoß gegen das Folterverbot ein. Auf grüne Initiative ist der Senat gefordert, in Abstimmung mit allen relevanten Institutionen den genauen Standort festzulegen.

„Mit der grausamen Brechmittelfolter hat Bremen rund 13 Jahre lang gegen Menschenrechte verstoßen. Dass die Brechmittelfolter ausschließlich Schwarze Personen und People

of Colour betraf, war kein Zufall. Die Brechmittelfolter hätte in einem Rechtsstaat nicht passieren dürfen und darf nie wieder passieren. Dieser Verantwortung müssen wir uns alle stellen. Der Tod eines Menschen ist durch nichts wiedergutzumachen. Der Gedenkort soll uns an Condé erinnern, an die Opfer von staatlicher und polizeilicher Gewalt und daran, die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns ständig kritisch zu hinterfragen“, betont die kulturpolitische Sprecherin Kai Wargalla.

Perspektive für Geflüchtete

Mit einem neuen Erlass sorgt Bremen dafür, dass junge Geflüchtete die nötige aufenthaltsrechtliche Sicherheit für ihren Weg in Ausbildung oder Studium erhalten. Ihnen kann statt einer unsicheren Duldung nun eine vollwertige Aufenthaltserlaubnis für zunächst bis zu zwei Jahre erteilt werden. Damit hat die Innenbehörde einen von den Grünen initiierten Antrag umgesetzt.

„Der Erlass verbessert die Perspektiven für junge Geflüchtete. Der bisherige Duldungsstatus führt bei jungen Geflüchteten zu ständiger Sorge vor Abschiebung. Mit dem neuen Erlass können sich junge Geflüchtete nun ganz auf ihren Schulabschluss oder ihre Ausbildung konzentrieren. Die neue Regelung gibt auch den Ausbildungsbetrieben die nötige Sicherheit. Das ist angesichts des Fachkräftemangels



eine Win-Win-Situation für unsere Gesellschaft“, erläutert der innenpolitische Sprecher Mustafa Öztürk.

Um die vollwertige Aufenthaltserlaubnis für zunächst zwei Jahre zu erhalten, ist es bereits ausreichend, wenn die bis zu 27-jährigen Menschen an einer

Einstiegsqualifizierung oder an einer staatlich geförderten Berufsvorbereitungsmaßnahme teilnehmen. Auch der Freiwilligendienst wird anerkannt. Die Regelung gilt ebenso für jene, die seit mindestens vier Jahren hier eine Schule besuchen, eine Ausbildung machen oder studieren.

WiN-Mittel aufgestockt

Das Programm ‚Wohnen in Nachbarschaften‘ (WiN) ist um rund 500.000 Euro auf über zwei Millionen Euro jährlich aufgestockt worden. Dafür hat sich die Grünen-Fraktion eingesetzt.

„Das ist ein klares Bekenntnis zum sozialen Zusammenhalt in Bremen. WiN ist ein erfolgreiches Programm, mit dem wir der sozialen Spaltung der Stadt entgegenwirken. Dieser Erfolg ist gerade auch den engagierten Initiativen,

Bürger*innen, Einrichtungen und Quartiersmanager*innen vor Ort zu verdanken. Die WiN-Quartiere spielen häufig auch für die Ankunft von geflüchteten Menschen in unserer Stadt eine große Rolle. Sie leisten einen Großteil der Integrationsarbeit, obwohl dort niemand auf Rosen gebettet ist. Jeder zusätzliche Euro ist in den WiN-Gebieten gut angelegtes Geld“, betont die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

Parallel zur Aufstockung wurden die WiN-Mittel aufgrund des Sozialen Monitorings neu verteilt. Kriterien sind dabei die Sprachförderquote, wie viele Menschen Hilfen vom Staat erhalten und wie hoch der Anteil der Bewohner*innen ohne Abitur ist. Gebiete, die aus der WiN-Förderung herausgefallen sind, werden aus dem Landesprogramm ‚Lebendige Quartiere‘ zur Absicherung ihrer erfolgreichen Entwicklung unterstützt.

Paritégesetz auf Weg gebracht

Um den Anteil von Frauen in der Bürgerschaft auf die Hälfte der Sitze zu erhöhen, machen sich die Grünen für eine Paritätsregelung im Wahlgesetz stark. Der beschlossene Antrag sieht aber zunächst ein externes Rechtsgutachten vor, wie sich eine Paritätsregelung mit der Landesverfassung in Einklang bringen ließe. Ein Gesetzentwurf soll dann zunächst vom Staatsgerichtshof vorab geprüft

werden. Hintergrund: Die Landesverfassungsgerichte in Thüringen und Brandenburg hatten Paritégesetze gekippt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass es keine Pflicht gebe, für geschlechtsparitätische Wahllisten zu sorgen. Falls sich Möglichkeiten für eine verfassungskonforme Ausgestaltung einer Paritätsregelung ergeben, müsste noch die Auswirkung auf das Wahlgesetz diskutiert werden: Denn

mit dem Personenwahlrecht könnten Wähler*innen die Reihenfolge auch paritätischer Listen von Parteien durcheinander bringen. „Bremen steht mit einem Frauenanteil von 37 Prozent in der Bürgerschaft im Bundesvergleich sehr gut da. Aber das ist eben nicht die Hälfte der Sitze. Um für echte Gleichberechtigung zu sorgen, ist die Paritätslösung nötig“, so die gleichstellungspolitische Sprecherin Henrike Müller.

PASS-Programm fortgeführt



Sie machen vermüllte Grünflächen sauber, beseitigen den Unrat an Haltestellen und befreien Bremer Spielplätze von achtlos weggeworfenen Zigarettenkippen oder Glasscherben. In Wohnsiedlungen fungieren sie als Ansprechperson für Bewohner*innen, sind älteren Menschen behilflich und halten

die Umgebung der Gebäude sauber. Die über 130 Teilnehmer*innen des Beschäftigungsprogramms ‚Perspektive Arbeit Saubere Stadt‘ (PASS) leisten wertvolle Arbeit in den Stadtteilen. Das Förderprogramm PASS ermöglicht den langzeitarbeitslosen Teilnehmer*innen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Einige von ihnen haben dadurch etwa bei der BSAG den Sprung in den 1. Arbeitsmarkt geschafft. Als das Programm auf der Kippe stand, hat sich die Grünen-Fraktion für die weitere Finanzierung in Höhe von nahezu drei Millionen Euro eingesetzt.

„PASS ermöglicht Menschen, die es aus verschiedensten Gründen auf dem 1. Arbeitsmarkt schwer haben, eine öffentlich geförderte Beschäftigung und soziale Teilhabe. Ihr großer Einsatz verdient Respekt. Sie sorgen insbesondere für mehr Sauberkeit in den Quartieren. Ob Reinigungstätigkeit, Nachbarschaftshilfe, Recycling oder Umweltinformation – von der Arbeit der PASS-Teilnehmer*innen profitiert die Stadtgesellschaft. Jeder Euro für dieses Beschäftigungsprogramm ist gut angelegtes Geld“, betont die stellv. Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin Henrike Müller.

Rückhalt für Kultur

Um Bremens Anziehungskraft auf junge Menschen zu verbessern und kreative Köpfe in der Stadt zu halten, hat sich die Grünen-Fraktion mit verschiedenen Initiativen für die junge Kulturszene eingesetzt. Die Stellschrauben reichen von Förderprogrammen für Subkultur über die Bereitstellung von Flächen für kulturelle Nutzung bis zur baurechtlichen Absicherung von Clubs.

Innovative, experimentelle und auf Gemeinwohl basierende Kulturangebote machen Bremen bunt und attraktiv. Im Wettbewerb mit anderen Städten um junge, kreative Köpfe hatte Bremen zuletzt häufig das Nachsehen. Umso wichtiger ist es, entscheidende Faktoren für ihren Zuzug und Verbleib zu stärken. Hierzu setzen wir auf kulturelle Stadtentwicklung: Kultur braucht Räume, diese müssen geschaffen und erhalten werden. Dazu gehören Kulturprojekte wie das ‚Irgendwo‘, das an seinem Standort in der Neustadt endlich eine dauerhafte Perspektive erhalten hat. Auch der Verkauf des Hochbunkers in der Überseestadt an den Zucker e.V. schafft ein dauerhaftes Domizil für dieses einzigartige Kulturzentrum mit großer Strahlkraft.

Um die Szene besser zu unterstützen, gibt es auf grüne Initiative erstmals einen eigenen Förderetat in Höhe von 200.000 Euro jährlich für junge und experimentelle Projekte. Der neue Förderansatz reagiert mit der mehrmaligen Mittelvergabe pro Jahr flexibel auf die Spontanität der Szene. „Junge Initiativen und ihre

Projekte sind bisher oft durchs etablierte Förderraster gefallen, weil sie spontaner und experimenteller arbeiten. Gerade die subkulturelle Szene ist stark vom ehrenamtlichen Engagement geprägt. Mit dem komplett neuen Förderansatz können wir ihre Ideen deutlich besser unterstützen. Diese alternativen Projekte machen Bremen bunt, lebenswert und besonders für junge Menschen attraktiv“, betont die kulturpolitische Sprecherin Kai Wargalla, die diesen innovativen Förderansatz vorangetrieben hatte.

Um die Bandszene zielgenau bei Förderanträgen, Vernetzung und Sponsoring zu unterstützen, richtet Bremen auf Antrag der Grünen ein Popbüro ein. Clubs und Kneipen mit Konzertprogramm werden künftig durch ein Bühnenbudget gefördert. Außerdem wird ein Fonds für Schallschutzmaßnahmen eingerichtet. Nicht zuletzt werden die Musikclubs als Fixsterne der Bremer Kultur auf grüne Initiative baurechtlich vor Verdrängung geschützt. Bisher konnte die Umwandlung von Nachbargrundstücken vom Gewerbe- zum Wohngebiet rasch das Aus für einen ansässigen Club bedeuten, jetzt erhalten sie Bestandsschutz. „Clubs und Musikspielstätten haben einen hohen kulturellen, künstlerischen und

sozialen Wert. Sie werden jetzt endlich als Kulturorte anerkannt. Dafür führen wir auch das ‚Agent of Change‘-Prinzip ein, das Lärmkonflikte vermeiden und Clubs besser vor Verdrängung schützen soll“, unterstreicht Kai Wargalla.

Um den Clubs, Musikkneipen und Konzerthallen in der Pandemie eine Perspektive zu eröffnen, hat der Senat auf grüne Initiative geeignete Flächen für Open-Air-Veranstaltungen



gen in Bremen und Bremerhaven ermöglicht. Das Land unterstützt die Veranstalter*innen mit einem Förderprogramm in Höhe von drei Millionen Euro. Damit sollen die Kosten für die Herrichtung der Flächen, Technik oder auch die Versorgung mit Strom und Wasser abgedeckt sowie die Erstellung von Hygienekonzepten unterstützt werden.

Studierende unterstützt

Die Corona-Pandemie hat auch Studierende hart getroffen. So haben etliche ihren Mini-job verloren, das Studieren war durch die Umstellung auf digitales Lernen eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund hat die Grünen-Fraktion daran mitgewirkt, die Nachteile für Studierende durch das neue Hochschulgesetz möglichst aufzufangen. Die Digitalisierung der Hochschulen hat Bremen mit einem Sofortprogramm von vier Millionen Euro unterstützt. Zudem wurde der Darlehensfonds beim Studierendenwerk aufgestockt. Zur Verbesserung der Studienbedingungen wurde die Planung für ein neues Hörsaalgebäude an der Uni angeschoben. Nicht zuletzt haben die Grünen finanzielle Abstriche abgewendet.

Mit grüner Regierungsverantwortung hat Bremen die Langzeitstudiengebühren abgeschafft. Die Einführung



einer individuellen Regelstudienzeit sorgt dafür, dass Studierende zwei Semester länger BAFÖG erhalten. Die Novelle des Hochschulgesetzes stellt auch den nahtlosen Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium sicher. Außerdem ist bei Prüfungen ein einmaliger Freiversuch möglich.

„Wir gleichen Nachteile durch die

Corona-Pandemie für Studierende aus. Sie sind mit verschiedensten Problemen wie wirtschaftlichen Schwierigkeiten, psychischen Belastungen bis hin zu ausgefallenen Laborübungen konfrontiert. Unsere Maßnahmen sollen Studienabbrüche möglichst vermeiden“, so die wissenschaftspolitische Sprecherin Solveig Eschen.

Genossenschaften gefördert

Vor dem Hintergrund gestiegener Grundstücks- und Baukosten hat Bremen ein Förderprogramm für Wohnungsgenossenschaften aufgelegt. Das Programm hat ein Volumen von 2,7 Millionen Euro und berücksichtigt mit dem KfW-40-Effizienzhausstandard klimapolitische Anforderungen. Das Förderprogramm wird über die Bremer Aufbau-Bank abgewickelt.

„Wohnungsgenossenschaften sorgen für stabile Mieten und sozial gemischte Quartiere. Mit diesem

Förderprogramm bauen sie zudem klimaschonend“, erläutert der stadtentwicklungspolitische Sprecher Robert Bücking, der sich als treibende Kraft für diese Unterstützung von Genossenschaften eingesetzt hat.

„Die Wohnungsgenossenschaften wollen ein Gegengewicht zu den hochkommerziellen Projekten klassischer Investoren bilden. Sie verpflichten sich zu einer Rechtsform, die ihre Investitionen auf sehr lange Zeit sozialverträglich und nachhaltig machen. Etwas Besseres

kann der Stadt gar nicht passieren“, betont Robert Bücking.

Das Programm hat zwei Säulen, für beide gilt der Klimaschutzstandard. Bei der Variante mit bis zu 40.000 Euro pro Wohneinheit müssen u.a. mindestens je 30 Prozent Sozialwohnungen und Wohnungen im mittleren Segment mit einer Mietpreisbindung von mindestens 40 Jahren realisiert werden. Bei der abgespeckten Variante wird jede Wohneinheit mit 15.000 Euro gefördert.

Mehr Klagerechte

Mit grüner Regierungsbe- teiligung will Bremen den Tierschutz verbessern. So weitet das Regierungsbündnis auf grüne Initiative z.B. die Klagerechte für Tierschutzvereine aus. Außerdem setzt sich Bremen auf Bundesebene für ein Wildtier-Importverbot ein. Der von den Grünen erarbeitete Antrag sieht ebenso vor, den In- ternethandel mit Wildtieren und Exotenbörsen zu untersagen.

Bereits 2007 zum Regierungs- antritt der Grünen hat Bremen das Verbandsklagerecht für Tierschutz- vereine eingeführt. Es wird nun um die Möglichkeiten zur Anfechtungs- sowie Verpflichtungsklage erweitert. Damit haben Tierschutzvereine künftig mehr Möglichkeiten, bei Verstößen gegen das Tierschutz- recht die Belange der Tiere gegen Behörden durchzusetzen. Die An- fechtungsklage mit aufschiebender

Wirkung kann z. B. dazu dienen, von Behörden geduldete Missstände bei der Tierhaltung zu unterbinden. „Tiere können nicht selbst für ihre Rechte eintreten. Umso wichtiger ist, dass wir Tierschutzorganisa- tionen umfassende Rechte geben, einzuschreiten, wenn der Staat die Aufgaben zum Schutz der Tiere verletzt. Egal ob im Zirkus, in der Landwirtschaft oder in der privaten Haltung von Haustieren: Tiere dür- fen nicht gequält werden. Wo immer das passiert, haben anerkannte Tierschutzorganisationen nun mehr Möglichkeiten, im Namen der Tiere vor Gericht zu ziehen“, erläutert der tierpolitische Sprecher Philipp Bruck.

Auf seine Initiative hin macht sich Bremen auf Bundesebene zudem für ein Verbot von Wildtier-Importen stark. Den Markt einzudämmen, dient dem Tierschutz. Wildtier-Importe sind außerdem ein Einfallstor für Infektionskrankheiten, die vom Tier auf den Mensch übertragen werden.



Bio-Kost für alle Kinder

Die Grünen-Fraktion treibt im Rahmen des Aktionsplans 2025 die Umstellung auf klimaschonende und umweltfreundliche Bio-Kost in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung voran. Neben Kitas, Schulen und kommunalen Kliniken werden die Bio-Quoten auch auf die Hochschulmensen ausgeweitet. Außerdem werden die Speisepläne auf Initiative der

Grünen stärker auf den Klimaschutz ausgerichtet. Dafür sollen die neuen Standards der Deutschen Gesell- schaft für Ernährung angewendet werden. Diese sehen allenfalls ein Mal pro Woche ein Gericht mit Fleisch vor. Außerdem sollen die CO₂-Emissionen bei der Produktaus- wahl und der Verarbeitung in den Küchen bis 2025 halbiert werden. Der Klinikverbund will künftig mehr

regionale Produkte beschaffen. „Die fleischarme Ernährung mit Bio- Produkten schützt das Grundwasser und die Böden. Zugleich profitiert der Klimaschutz. Eine ausgewogene Ernährung fördert die Leistungs- fähigkeit. Die Bio-Verpflegung in Kitas und Schulen nützt allen Kindern unabhängig vom Geld- beutel ihrer Eltern“, so der ernäh- rungspolitische Sprecher Jan Saffe.

Bürgerrechte gewahrt

Das beschlossene Polizeigesetz ist eine zentrale Reform der laufenden Legislaturperiode. „Das neue Polizeigesetz wahrt die Balance zwischen mehr Sicherheit und starken Bürgerrechten. Das Gesetz gibt der Polizei die nötigen Mittel zur Verhinderung schwerer Straftaten an die Hand und schützt zugleich die Bürgerrechte vor zu massiven Eingriffen“, betont der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker.

Dank grüner Regierungsbeteiligung gilt weiterhin: kein Staats-trojaner und keine Video-Massenüberwachung. Ein*e unabhängige Polizeibeauftragte*r untersucht nach Beschwerden von Bürger*innen künftig mögliches Fehlverhalten seitens der Polizei, dient aber auch als Anlaufstelle für die Polizist*innen bei etwaigen Missständen. Der Einsatz der Bodycam wird erweitert: Sie muss nun verpflichtend vor einer Gewaltanwendung angeschaltet werden, um eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit des polizeilichen Einschreitens zu



erleichtern. Verbessert wird auch der Datenschutz: Bei einem rechtskräftigen Freispruch ist die Datenlöschung in den IT-Systemen der Polizei nun zwingend erforderlich.

Aber auch am verbesserten Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt ist die grüne Handschrift deutlich erkennbar. Bis zu 2000 Fälle häuslicher Gewalt werden pro Jahr in Bremen verzeichnet. Die Reform macht es der Polizei

leichter, gewalttätige Partner aus der Wohnung zu verweisen. Die Polizei muss auch kontrollieren, dass sich der Täter daran hält. Die Kontaktdaten der Täter und Opfer werden automatisch an die zuständige Beratungsstelle weitergeleitet. So wird eine aufsuchende Beratung für Frauen ermöglicht, die von ihrem Partner geschlagen wurden. Auch den Tätern sollen Wege zur Gewaltfreiheit aufgezeigt werden.

Frauen besser schützen

Die Istanbul-Konvention ist ein Meilenstein im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Sie verpflichtet den Staat, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen. Bremen setzt dies nun mit einem Landesaktionsplan um, den die Grünen-Fraktion mit angestoßen hatte. Ein Zwischenbericht des Runden

Tisches hatte jüngst u.a. die Präventionsarbeit, die Verbesserung der Akutversorgung und den Ausbau der Täterarbeit als wichtige Schritte bewertet sowie die Einrichtung eines Betroffenrates angeregt. „Mit dem Landesaktionsplan sind wir auf dem richtigen Weg, um Gewalt gegen Mädchen und Frauen einzudämmen.

Neben der verstärkten Prävention ist die Arbeit mit den Tätern ein wichtiger Baustein, um weitere Gewalttaten zu unterbinden. Die Hilfsangebote für Frauen müssen ebenso wie ausreichende Schutzräume gesichert bleiben“, so die gleichstellungspolitische Sprecherin Henrike Müller.

Aktionsplan gegen Rassismus

Bremen richtet auf grüne Initiative eine unabhängige Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ein. Sie dient als zentrale Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, ihrer Religion, wegen einer Behinderung oder wegen der sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Die LADS vermittelt passgenaue Unterstützung, dokumentiert

Diskriminierungsvorfälle und leistet Aufklärungsarbeit. Dem grassierenden Rassismus will die Koalition zudem mit einem Aktionsplan entgegenwirken. Dieser soll ein Maßnahmen-Bündel enthalten, mit dem rassistische Vorurteile und Ausgrenzung bekämpft werden können.

„Mit der Landesantidiskriminierungsstelle und dem Aktionsplan gegen Rassismus setzen wir ein klares Zeichen. Alle Menschen im Land

Bremen haben das Recht, gleichbehandelt zu werden. Rassismus hat in unserer offenen Gesellschaft keinen Platz. Wer z.B. allein aufgrund der Hautfarbe oder ethnischen Herkunft bei der Job- oder Wohnungssuche benachteiligt wird, kann sich künftig an die LADS wenden. Der Abbau struktureller Benachteiligung erhält dadurch mehr Schwung“, so die stellv. Fraktionsvorsitzende Sahhanim Görgü-Philipp.

Schutz von Kindern verbessert

Häusliche Gewalt betrifft auch die Kinder bzw. Jugendlichen – sie erleben alles mit, hören und sehen die Misshandlungen oder werden gar selbst geschlagen. Damit die Kinder und Jugendlichen diese extrem hohe Belastung bewältigen können, brauchen sie rasch altersgerechte Hilfe. Diese vermittelt eine neue aufsuchende Fachberatungsstelle, die maßgeblich von der Grünen-Fraktion vorangetrieben wurde.

Mit der neuen Beratungsstelle schließt Bremen eine Lücke im System. Neben der aufsuchenden Arbeit und Hilfe für die Kinder sowie Heranwachsenden bis 21 Jahre soll die Beratungsstelle u.a. auch die Unterstützungsleistungen für Betroffene koordinieren. Zu ihren Aufgaben gehört ferner, Fortbildungen z.B. für die Polizei anzubieten und Präventionsangebote in Schulen und Kitas durchzuführen.



Gerade auch angesichts der Zunahme von häuslicher Gewalt im Zuge der Corona-Pandemie ist die neue Beratungsstelle wichtig, unterstreicht die stellv. Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp: „Gewalt in der Familie erschüttert das kindliche Sicherheits- und Schutzbedürfnis.

Wer als Kind Misshandlungen miterleben muss, braucht schnell unbürokratische Hilfe. Diese Unterstützung muss individuell zugeschnitten sein. Mit der Koordination durch die neue Beratungsstelle ergänzen wir die wertvolle Arbeit der bereits existierenden Hilfsangebote und schließen eine Lücke im System.“

Containern zulassen

In der Rechtspolitik hat sich die Grünen-Fraktion u.a. für die Entkriminalisierung des sog. Containerns und des Fahrens ohne Ticket eingesetzt. „Unsere Initiativen zielen darauf ab, die Verhältnismäßigkeit von Vergehen und Strafzumessung in die Balance zu bringen“, so die rechtspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

Wer ohne Fahrschein ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt, begeht eine Straftat. Und kann letztlich auch im Gefängnis landen, wenn das sog. erhöhte Beförderungsentgelt von 60 Euro bei der BSAG z.B. aufgrund von Obdachlosigkeit und Armut nicht bezahlt wird. Die Grünen wollen den Straftatbestand streichen und das Fahren ohne Fahrschein zur Ordnungswidrigkeit herabstufen. „Durch werden die Strafverfolgungsbehörden, Gerichte und der Strafvollzug entlastet. Davon unberührt



bleibt, dass das Nahverkehrsunternehmen seine Ansprüche zivilrechtlich geltend machen kann“, so Sülmez Dogan.

Auch das Containern, also das Einsammeln weggeworfener, aber noch genießbarer Lebensmittel, will die Grünen-Fraktion entkriminalisieren.

„Menschen containern entweder aus purer Not oder aus Protest gegen die riesige Lebensmittelverschwendung in unserer Überfluggesellschaft. Das als Straftat bzw. Diebstahl zu bewerten ist eine Farce. Stattdessen sollten Lebensmittelspenden zur Pflicht werden“, betont Sülmez Dogan.

Schutz für Whistleblower

Der Senat soll sich auf grüne Initiative für eine zügige und umfassende Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie der Europäischen Union einsetzen. Zugleich ist die Landesregierung mit dem Antrag gefordert, auch auf Bremer Ebene alle Möglichkeiten zum Schutz von Hinweisgeber*innen auf Missstände in öffentlichen Behörden oder Einrichtungen auszuschöpfen, etwa mit einer Änderung des Bremischen Disziplinargesetzes. Damit

sollen Repressalien für Whistleblower ausgeschlossen werden. „Whistleblower handeln im öffentlichen Interesse. Ohne solche Hinweisgeber*innen blieben skandalöse Praktiken häufig zu lange unentdeckt. Wer Missstände meldet, darf deswegen keine Nachteile erfahren“, unterstreicht der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker.

Die EU-Richtlinie sieht Mindeststandards für den Schutz von Hinweisgeber*innen vor Repressalien

wie z.B. Suspendierungen vor. Das ist auch für Bremen relevant, wie der Feuerwehr-Skandal rund um rechtsextremistische, rassistische und homophobe Vorgänge zeigt. Die betroffene Feuerwehrfrau hatte nach ihrer Beschwerde über Diskriminierungen dienstliche Nachteile erlitten. Sie hätte nach bisheriger Rechtslage beweisen müssen, dass diese mit ihrer Beschwerde zusammenhängen. Die EU-Richtlinie kehrt die Beweislast künftig um.

Vereine entlastet

Die Grünen-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen für den Breitensport weiter zu verbessern: So steigen die Zuschüsse für die Pflege der Sportanlagen ebenso wie die Energiekostenzuschüsse. Die Sanierung der städtischen Sportstätten schreitet voran. Fahrt nimmt ebenso die Sanierung der Uni-Sportstätten auf, die auch für den Vereinssport dringend nötig ist. Die Projekte ‚Kids in die Clubs‘ und ‚Kids in die Bäder‘ werden fortgeführt. Nicht zuletzt haben die Grünen sich erfolgreich für eine Anhebung der Übungsleiter*innenpauschale eingesetzt.

„Breitensport ist ein wichtiger Teil des sozialen Kitts und aktive Gesundheitsprävention. Das Herzstück der Vereine sind die vielen Ehrenamtlichen. Ohne Übungsleiter*innen wären viele Angebote nicht möglich. Die Pauschale für sie haben wir um zehn Prozent erhöht, wobei ihr Engagement im Grunde unbezahlbar ist“, so der

sportpolitische Sprecher Mustafa Öztürk.

Ein Schwerpunkt im laufenden Haushalt sind Investitionen in das Freizeitbad Vegesack, in den Neubau des Westbades und des Horner Bades sowie in den Erhalt des Huchtlinger Hallenbades. Die Zuschüsse an die Bremer Schwimmvereine für die Nutzung der Bäder, das sog. Bahngeld, wurden mit dem Haushalt 20/21 ebenfalls erhöht.

Nicht zuletzt werden auf grüne Initiative die Flutlichtstrahler auf öffentlichen Sportplätzen in Bremen und Bremerhaven gegen LED-Strahler ausgetauscht. Das schützt das Klima und schont die Kassen der Vereine. Dafür stehen insgesamt 2,2 Millionen Euro bereit. Davon sind 1,8 Millionen Euro für die Umrüstung von 219 Flutlichtmasten in Bremen und über 400.000 Euro für Bremerhavener Sportstätten vorgesehen.



Bürgeranträge erleichtert

Bremen erleichtert auf grüne Initiative Bürger*innenanträge auf Landes- und Stadtebene. Für die Zulassung von Bürger*innenanträgen auf Landesebene wird das bisherige Quorum halbiert. Fortan können alle Bürger*innen ab 16 Jahre, die ihren Wohnsitz im Land Bremen haben, ihr

Anliegen mit 2500 Unterschriften (vorher 5000) auf die Tagesordnung des Landtages setzen. Für die Behandlung eines Bürger*innenantrages in der Stadtbürgerschaft reichen ebenfalls 2500 Unterschriften (zuvor 4000). Mit der Reform sind erstmals auch Bürger*innenanträge zu finanzwirksamen Themen zulässig.

„Mit dieser Gesetzesnovelle erhöhen wir die Gestaltungschancen von Bürger*innen. Der politische Austausch über das Für und Wider eines Anliegens stärkt das Gemeinwesen. Das ist angesichts des grassierenden Populismus noch wichtiger als ohnehin schon“, so der Reform-Initiator Ralph Saxe.

Weg von Kriminalisierung

Bremen hat mit grüner Regierungsbeteiligung bei geringen Cannabis-Mengen zum Eigenverbrauch neben Berlin nun die bundesweit liberalste Regelung. Wer als Erwachsener mit zehn Gramm Cannabis zum Eigenverbrauch erwischt wird, muss nicht mehr mit Strafverfolgung rechnen. Für Jugendliche gilt dies hingegen nicht. Ausgenommen bleiben auch Fälle, in denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass das Cannabis verkauft oder weitergegeben werden soll.

Mit der neuen Regelung geht ein Paradigmenwechsel von der Strafverfolgung zu mehr Prävention einher, betont die gesundheitspolitische Sprecherin Ilona Osterkamp-Weber: „Der liberalere Umgang mit geringen Mengen zum Eigenverbrauch ist ein wichtiger Schritt zur Entkriminalisierung von erwachsenen Cannabis-Konsument*innen. Statt sie vor Gericht zu zerren, werden Betroffene auf



Angebote der Suchthilfe hingewiesen. Der Jugendschutz bleibt gewahrt, für Minderjährige ist der Besitz von Cannabis weiterhin tabu.“

Der neue Ansatz in der Drogenpolitik wurde durch gemeinsame Richtlinien des Justiz-, Innen- und Gesundheitsressorts ermöglicht. Damit sind die Strafverfolgungsbehörden

grundsätzlich verpflichtet, bei einer Cannabis-Menge bis zu zehn Gramm zum Eigenverbrauch das Verfahren einzustellen. Bei einer Menge von bis zu 15 Gramm statt wie in der Vergangenheit sechs Gramm Haschisch oder Marihuana kann je nach Fall von der Strafverfolgung abgesehen werden.

Gesundheitsdienst gestärkt

Die Corona-Pandemie hat die Defizite im Gesundheitswesen schonungslos aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund will die Grünen-Fraktion den Öffentlichen Gesundheitsdienst über die Pandemie hinaus stärken. Der Senat ist deshalb mit einem Antrag aufgefordert worden, dafür ein Strategiekonzept aufzulegen. Konkret sollen die Aufgaben des Gesundheitsdienstes an die demographische Entwicklung

angepasst werden. Voraussetzung dafür ist, die chronische Unterfinanzierung und Unterbesetzung der Gesundheitsämter zu überwinden. Zudem soll die Gesundheitsförderung in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen vorangetrieben werden. Nicht zuletzt erwarten die Grünen mehr Kooperation zwischen den Hochschulen und dem Gesundheitsdienst. „Damit alle Menschen in Bremen und Bremerhaven möglichst

gleiche Chancen auf ein gesundes Leben haben, muss der Öffentliche Gesundheitsdienst strukturell, konzeptionell und personell auf ein solides Fundament gestellt werden. Die Bedarfe in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft und die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems müssen jetzt in Einklang gebracht werden“, so die gesundheitspolitische Sprecherin Ilona Osterkamp-Weber.

Queer-Beirat geschaffen

Eine demokratische Gesellschaft lebt von ihrer Vielfalt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Vielfalt der geschlechtlichen und sexuellen Identitäten. Um gleiche Rechte und die Akzeptanz von queeren Menschen voranzubringen, hat sich die Grünen-Fraktion u.a. für mehr Haushaltsmittel und die Einrichtung eines queerpolitischen Beirates stark gemacht.

Einen kräftigen Zuwachs von gut 80 Prozent für queerpolitische Aufgaben verzeichnet der Haushalt. Damit wird neben der Mittelaufstockung fürs Rat&Tat-Zentrum insbesondere die Beratung für trans- und intergeschlechtliche Menschen ausgebaut. Inzwischen ist ein eigenständiges Beratungsangebot etabliert, das u.a. Eltern von intergeschlechtlichen Kindern umfassende Hilfe bietet. Diese ist wichtig, um unnötige genitalverändernde Operationen an Minderjährigen mit oft negativen



Folgen für Körper und Psyche zu vermeiden. „Zum Schutz intergeschlechtlicher Kinder muss Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung zur Regel werden. Dies gilt allemal für Operationen. Es gilt aber auch, queere Jugendliche vor Diskriminierung etwa in der Schule zu schützen. Hier müssen die Schutzkonzepte verbessert werden“, so die queerpolitische Sprecherin Kai Wargalla.

Auf ihre Initiative wurde zudem ein Queerpolitischer Beirat eingerichtet, der den Senat bei der Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo- und Transphobie unterstützt. „Das ist ein großer Schritt nach vorne. Wir müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessern, damit queere Menschen in Bremen diskriminierungsfrei aufwachsen, leben und alt werden können“, so Kai Wargalla.

Bremen setzt auf Wasserstoff

Mit grüner Regierungsbeilegung bringt Bremen die Anwendung und Erforschung von Grünem Wasserstoff voran. Für die Energiewende setzt die Koalition neben Wind- und Sonnenenergie auch auf die Speicherung von erneuerbarer Energie in Grünem Wasserstoff. Für das Projekt „Grünes Gas für Bremerhaven“ wurden 20 Millionen Euro investiert, um die Umwandlung von Energie in Wasserstoff in einem Testfeld zu erforschen.

Zudem investiert das Land in Brennstoffzellenanwendungen und hat sich erfolgreich für mehrere Wasserstoff-Förderungen der EU (IPCEI) beworben. Unter anderem werden sieben Wasserstoff-Busse für Bremerhaven beschafft, aber auch maritime und industrielle Anwendungen, etwa im Stahlwerk, erprobt. „Ziel ist es, den gewonnenen Grünen Wasserstoff effizient in der Industrie und der Mobilität einzusetzen und damit in Bremen und Bremerhaven noch

mehr CO₂ zu reduzieren. Beide Städte werden mit diesem Know-how für innovative und klimafreundliche Unternehmen noch interessanter. Damit verbinden wir wirtschaftliche Entwicklung und die Anstrengungen für mehr Klimaschutz. Mit dem Green Economy Gebiet setzt Bremerhaven zudem Standards in der nachhaltigen Erschließung und energetischen Versorgung von Gewerbegebieten“, so der Sprecher für Innovation und Technologie Maurice Müller.

Essbare Stadt soll wachsen

Auf grüne Initiative will Bremen künftig deutlich mehr Urban Farming-Projekte umsetzen



Ob Streuobst auf Brachflächen, Kräuter in Hochbeeten oder Mangold vor der Wallmühle – das Projekt ‚Essbare Stadt‘ trägt zur Biodiversität bei und macht die Stadt attraktiver. Die Grünen treiben das Vorhaben nun mit einem Antrag weiter voran. Demnach soll der Senat deutlich mehr Brachflächen, aber auch Außenreale von Kitas und Schulhöfe für den Anbau von Obst und Gemüse prüfen. Dabei sollen insbesondere sozial benachteiligte Stadt- und Ortsteile berücksichtigt werden. Außerdem soll der Senat in einem Gesamtkonzept aufzeigen, welche Dächer und Fassaden von öffentlichen Gebäuden für die ‚Essbare Stadt‘ nutzbar sind. Nicht zuletzt sollen bei der Suche nach geeigneten Flächen auch Wohnungsbaugesellschaften und öffentliche

Betriebe einbezogen werden. Die ‚Essbare Stadt‘ dient der Biodiversität, erhöht aber zugleich auch die Wertschätzung von Lebensmitteln und stärkt den Gemeinschaftsinn, so der ernährungspolitische Sprecher Jan Saffe: „Der Anbau von Spalierobst und Gemüse z.B. in Schulgärten vermittelt Kindern, wie Essen erzeugt wird. Dadurch entsteht auch mehr Wertschätzung für Lebensmittel als beim Einkauf im Supermarkt. Das kann ebenso wie Urban Farming dazu beitragen, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Obst und Gemüse gemeinsam anzubauen, fördert das Gefühl für Verantwortung und Gemeinschaft. Mehr Streuobstwiesen sind gut für Bienen und andere Insekten. Die ‚Essbare Stadt‘ ist ein Win-Win-Projekt für die Umwelt und die Menschen.“

Weideprämie eingeführt

Bremen hat eine Weideprämie eingeführt, wie es die Grünen-Fraktion mit einem Antrag gefordert hatte. Demnach erhalten Landwirt*innen einen jährlichen Zuschuss, wenn sie ihre Rinder mindestens 150 Tage zwischen April und November für täglich sechs Stunden auf der Weide grasen lassen. Im Haushalt sind jährlich 400.000 Euro für die Weideprämie veranschlagt. „Mit der Weideprämie setzen wir ein Zeichen gegen den Trend zur reinen Stallhaltung. Die Weidehaltung ist gut für die Gesundheit der Tiere, erhält wertvolles Grünland und fördert die Bodenfruchtbarkeit sowie Artenvielfalt. Mit der Prämie fangen wir wirtschaftliche Nachteile der Weidehaltung auf“, so der landwirtschaftspolitische Sprecher Jan Saffe.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft
Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto, Elisa Meyer,
Friederike Meyn, Matthias Makosch